

**Förderung von Bürgerschaftlichem Engagement
im Referat für Gesundheit und Umwelt**

(Eckdatenbeschluss Haushalt 2019 Nr. 21)

Produkt 33111000 Overheadkosten Referats- und Geschäftsleitung

Beschluss über die Finanzierung für das Jahr 2019 ff.

Sitzungsvorlage Nr. 14-20 / V 12562

4 Anlagen

**Beschluss in der gemeinsamen Sitzung des Gesundheitsausschusses mit dem
Umweltausschuss**

vom 18.10.2018 (VB)

Öffentliche Sitzung

I. Vortrag der Referentin

A. Fachlicher Teil

1. Einleitung / Anlass

Die Förderung von Bürgerschaftlichem Engagement (BE) bei der Landeshauptstadt München (LHM) wird im Rahmen von Grundsatzbeschlüssen, Sachstandsberichten und Fachbeiratsberichten im Stadtrat in regelmäßigen Abständen behandelt. Dies erfolgte unter anderem ausführlich mit Beschluss der Vollversammlung vom 23.10.2013 „Förderung von Bürgerschaftlichem Engagement, die Förderung in den Referaten, die Ergebnisse der wissenschaftlichen Studie, das Handlungskonzept für die Landeshauptstadt München“ (Sitzungsvorlage Nr. 08-14 / V 12249). Der Stadtratsauftrag an die Referate lautet darin, das Bürgerschaftliche Engagement zu fördern und die notwendigen Kapazitäten für die Bearbeitung der Thematik zu beantragen. In der Sitzungsvorlage „Förderung von Bürgerschaftlichem Engagement; Sachstandsbericht 2017“ (Sitzungsvorlage Nr. 14-20 / V 10575) wurden ausreichende Kapazitäten für die Koordination des Themas „Förderung des Bürgerschaftlichen Engagements im Gesundheits- und Umweltbereich“ nochmals explizit angeregt. Die Koordination für Bürgerschaftliches Engagement im Referat für Gesundheit und Umwelt (RGU) umfasst vielfältige Aufgaben wie z. B.:

- die Teilnahme an Arbeitskreisen,
- die Vernetzung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im RGU intern,

- die Schnittstellen mit Bürgerschaftlichem Engagement bilden sowie
- die stadtweite Vertretung des Referates in diversen Gremien,
- das federführende Betreuen von Arbeitsaufträgen aus dem Direktorium, Gesamtkoordination für Bürgerschaftliches Engagement,
- das Mitwirken und Erstellen von Textbeiträgen zu Sachstands- und Fachbeiratsberichten zum Bürgerschaftlichen Engagement unter Einbindung aller beteiligten Organisationseinheiten,
- das Erstellen von Stellungnahmen zu Stadtratsanfragen und Beschlussvorlagen aus diesen Themenbereichen,
- die Öffentlichkeitsarbeit im Zusammenhang von stadtweit organisierten Veranstaltungen (wie z. B. Messen, Tag der Daseinsvorsorge, Selbsthilfetag).

Mit dem Bereich Zuschusswesen in der Gesundheitsvorsorge und Umweltvorsorge ist die BE-Koordination im engen Kontakt bezüglich Ehrungen von engagierten Organisationen, Vereinen oder Einzelpersonen für „München dankt“. Die stadtweiten Vorgaben und Änderungen müssen im Referat bekannt gegeben und die Umsetzung überwacht werden. Viele stadtweit übergreifende Themen wie z. B. erweitertes Führungszeugnis für Tätigkeiten im Kinder- und Jugendbereich, Arbeitskreis Zuschusswesen und der Einsatz im Rahmen von Bundesfreiwilligendienst gehören zum Aufgabenspektrum und sind fachkundig zu vertreten. Um die Kommunikation im Referat für Gesundheit und Umwelt noch weiter zu verbessern, wurde von den beteiligten Fachabteilungen mehrfach der Wunsch nach häufigeren Netzwerk- sowie Austauschtreffen geäußert. Eine stärkere Vernetzung aller bürgerschaftlich Engagierten von den Friedhofsbegleiterinnen und Friedhofsbegleitern, Energieberaterinnen und -beratern bis hin zu den Patientenbeauftragten mit den unterschiedlichen Knowhow, welches die Bürgerinnen und Bürger ehrenamtlich im Rahmen der Themen des RGU einbringen, birgt neue Chancen und Ideen und führt gleichzeitig zu einer Weiterentwicklung des Themas.

2. Stellenbedarf

Es handelt sich um eine stadtweite freiwillige Daueraufgabe, die grundsätzlich allen Münchnerinnen und Münchnern in verschiedenen Bereichen zu Gute kommt. Das RGU muss wie alle anderen städtischen Referate die Vorgaben der gesamtstädtischen Koordinierungsstelle Bürgerschaftliches Engagement umsetzen.

Bei den unter Punkt 1 ausführlich dargestellten Aufgaben handelt es sich um strategisch-konzeptionelle Tätigkeiten, die nicht quantitativ bemessbar sind, um die steuernden Vorgaben des Direktoriums im Bereich des RGU umzusetzen. Für die stadtweite Koordination muss themenspezifisch und je nach Anfrage für das RGU zugeliefert werden. Gleichzeitig muss die Stelle im Referat koordinieren, vernetzen und organisieren. Um die BE-Angebote im Gesundheits- und Umweltbereich weiter auszubauen, sollen in Zusammenarbeit mit den Fachabteilungen sowie den

Städtischen Friedhöfen München und der Städtischen Bestattung neue Engagementfelder analysiert und konzipiert werden. Die Anzahl der durch das RGU betreuten Engagierten im Bereich BE soll weiter gesteigert werden.

Es wird daher eine dauerhafte Stellenschaffung in Höhe von 0,5 VZÄ in Entgeltgruppe E13 bei RGU-S-COP geltend gemacht.

Die Koordinierungsstelle für Bürgerschaftliches Engagement im Direktorium unterstützt die Einrichtung von entsprechenden Personalkapazitäten:

„Die Förderung Bürgerschaftlichen Engagements bei der Landeshauptstadt München ist ein wichtiger Bestandteil der Perspektive München und des Leitbilds der Landeshauptstadt München. Aufgrund des durch den Stadtrat im Jahr 2013 genehmigten Handlungskonzepts befürworten wir als gesamtstädtische Koordinierungsstelle zur Förderung von Bürgerschaftlichem Engagement den stellenmäßigen Ausbau im Referat für Gesundheit und Umwelt, um damit den Stellenwert für das Thema in diesem Referat zu verbessern.

Im Referat für Gesundheit und Umwelt gibt es viele Themenbereiche, in denen Bürgerinnen und Bürger ergänzend wichtiges Engagement leisten, sei es beispielsweise in Gesundheits- und Umweltinitiativen, als Patientenfürsprecherinnen / -fürsprecher oder in Krankenhausbesuchsdiensten. Eine Koordination der Förderung in den tangierten Bereichen ist daher wichtig und kann nicht nebenbei erfolgen.“

Alternativen zur Kapazitätsausweitung

Die Geschäftsprozesse im Bereich der Steuerungsunterstützung sind optimiert. Eine Priorisierung oder Umverteilung ist mangels vorhandener Kapazitäten nicht möglich. Ohne Personalressource kann die Aufgabenwahrnehmung durch das RGU zukünftig nicht sichergestellt werden.

Der Stadtratsauftrag aus dem Grundsatzbeschluss kann nicht erfüllt werden, die Förderung des Bürgerschaftlichen Engagements in der Bevölkerung kann im Zuständigkeitsbereich des RGU nicht unterstützt bzw. ausgebaut werden.

Zusätzlicher Büroraumbedarf

Die 0,5 VZÄ können in den bisher zugewiesenen Büroflächen in der Bayerstrasse 28a untergebracht werden.

Zum Zeitpunkt der zukünftigen Stellenbesetzung erscheint eine Unterbringung in den vorhandenen Räumlichkeiten möglich, da das Kommunalreferat mit der Suche nach einem Gebäude zur Interimsunterbringung von Arbeitsplätzen beauftragt ist.

In Gesamtbetrachtung der Situation im Kernbereich des RGU hinsichtlich der prognostizierten Personalmehrungen wurde gemeinsam mit dem Kommunalreferat bereits eine Marktsondierung für ein/mehrere ausreichende/s Interimsgebäude

angestoßen. Bis zur Bezugsfertigkeit des zentralen RGU-Standortes an der Dachauer Str. 90 ist die Anmietung eines Interimsstandortes für das RGU in möglichst zentraler Lage vorgesehen, der neben einer Entzerrung der Bestandssituation auch die Realisierung durch Stadtratsbeschluss genehmigter Flächenmehrbedarfe ermöglichen soll.

B. Darstellung der Kosten und der Finanzierung

1. Zweck der Maßnahme

Mit der Stellenzuschaltung erfüllt das RGU den Auftrag des Stadtrats vom 08.10.2013, (Sitzungsvorlage Nr. 08-14 / V 12249) das Bürgerschaftliche Engagement zu fördern und die notwendigen Kapazitäten zu beantragen.

Ziel ist es, die Anzahl der durch das RGU betreuten Engagierten im Bereich BE weiter zu steigern und das Angebotsspektrum für engagierte Interessenten im Gesundheits- und Umweltbereich auszubauen.

2. Zahlungswirksame Kosten im Bereich der laufenden Verwaltungstätigkeit

Für die Umsetzung des Beschlusses entstehen die im Folgenden dargestellten zahlungswirksamen Kosten. Der Mittelbedarf entsteht ab 01.01.2019.

	dauerhaft	einmalig	befristet
Summe zahlungswirksame Kosten	38.360,-- ab 01.01.2019		
davon:			
Personalauszahlungen (Zeile 9)* 0,5 VZÄ E13, VD Kst: 13011213 Sachkonto: 602000	37.960,-- ab 2019		
Sonstige Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit (Zeile 13) KST 13019001 Sachkonto 670100	400,-- ab 2019		
Nachrichtlich Vollzeitäquivalente (VZÄ)	0,5		

Die nicht zahlungswirksamen Kosten (wie z. B. interne Leistungsverrechnung, Steuerungsumlage, kalkulatorische Kosten) können in den meisten Fällen nicht beziffert werden.

* Bei Besetzung von Stellen mit einem Beamten/einer Beamtin entsteht im Ergebnishaushalt zusätzlich zu den Personalauszahlungen noch ein Aufwand für Pensions- und Beihilferückstellungen in Höhe von etwa 40 Prozent des Jahresmittelbetrages.

** ohne arbeitsplatzbezogene IT-Kosten

3. Auszahlungen im Bereich der Investitionstätigkeit

	dauerhaft	einmalig	befristet
Summe zahlungswirksame Kosten		2.370,-- in 2019	
davon:			
Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Vermögen (Zeile 22)*		2.370,-- in 2019	

* Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Vermögen (Zeile 22): Erstausrüstung pro Arbeitsplatz: 2.370 € (einmalig); Anzahl der Arbeitsplätze: 1 (Finanzposition: 5100.935.9330.7)

4. Finanzierung

Die Finanzierung kann weder durch Einsparungen noch aus dem eigenen Referatsbudget erfolgen.

Die zusätzlich benötigten Zahlungsmittel werden genehmigt und in den Haushaltsplan 2019 aufgenommen.

Die beantragte Ausweitung weicht von den Festlegungen für das Referat für Gesundheit und Umwelt im Eckdatenbeschluss für den Haushalt 2019 ab (Reduzierung um 0,5 VZÄ), weil andere Prioritäten festgelegt werden mussten. Die beantragten erforderlichen 0,5 VZÄ in dieser Sitzungsvorlage bewegen sich innerhalb des Rahmens der festgelegten Höchstgrenze nach dem Eckdatenbeschluss (siehe auch TOP 1 Ziffer 21 der heutigen Sitzung mit der Bekanntgabe zum Controlling des Eckdatenbeschlusses für den Haushalt 2019 "Umsetzung geplante Beschlüsse").

5. Produktbezug

Die Veränderungen betreffen das Produkt 33111000 Overheadkosten Referats- und Geschäftsleitung.

5.1. Produktbeschreibung

Eine Änderung der Produktbeschreibung ist mit dieser Maßnahme nicht verbunden.

5.2. Kennzahlen

Eine Änderung der Kennzahlen ist mit dieser Maßnahme nicht verbunden.

6. Bezug zur Perspektive München

Folgende Leitlinien der Perspektive München werden unterstützt:

- Leitlinie A 10 - Referatsübergreifende Zusammenarbeit
Münchens Verwaltung arbeitet sektor- und referatsübergreifend zusammen und bezieht nichtstädtische Stellen mit ein. München entwickelt entsprechende Strukturen, Gremien und Methoden einer integrierten Stadtentwicklungspolitik weiter. Sie stärkt diese in referatsübergreifenden Projekten, gerade auch vor Ort

in den Stadtteilen. Die Verwaltungsstrukturen der Stadt München werden so ausgestaltet, dass sie dem Prinzip der Subsidiarität entsprechen und der Komplexität der Aufgaben in ihrer jeweiligen lokalen, regionalen und internationalen Verortung gerecht werden.

- Leitlinie 10: Ökologie - Klimawandel und Klimaschutz
- Leitlinie 15: Rundum gesund. Leitlinie Gesundheit: Herausforderungen begegnen, Perspektiven schaffen, Lebensqualität fördern
- Leitmotiv 8 „Identifikation, Engagement und Gleichberechtigung“
- strategische Leitlinie Nr. 3 „Solidarische und engagierte Stadtgesellschaft“

Die Stadtkämmerei stimmt der Beschlussvorlage zu. Die Stellungnahme ist als Anlage 1 beigefügt.

Das Personal- und Organisationsreferat stimmt der Beschlussvorlage zu. Die Stellungnahme ist als Anlage 2 beigefügt.

Die Beschlussvorlage ist mit dem Fachbeirat für Bürgerschaftliches Engagement und der Gesamtstädtischen Koordinierungsstelle Bürgerschaftliches Engagement im Direktorium abgestimmt. Die Stellungnahmen sind als Anlagen 3 und 4 beigefügt.

Anhörung des Bezirksausschusses

In dieser Beratungsangelegenheit ist die Anhörung des Bezirksausschusses nicht vorgesehen (vgl. Anlage 1 der BA-Satzung).

Die Korreferentin des Referates für Gesundheit und Umwelt, Frau Stadträtin Sabine Krieger, das Personal- und Organisationsreferat, das Direktorium und der Fachbeirat für Bürgerschaftliches Engagement sowie die Stadtkämmerei haben einen Abdruck der Vorlage erhalten.

II. Antrag der Referentin

1. Der Vortrag der Referentin zur Förderung von Bürgerschaftlichen Engagement im Referat für Gesundheit und Umwelt wird zur Kenntnis genommen.
2. Das Referat für Gesundheit und Umwelt wird beauftragt, die Einrichtung von 0,5 planerisch-konzeptionellen Stellen sowie die Stellenbesetzung beim Personal- und Organisationsreferat zu veranlassen.

3. Das Referat für Gesundheit und Umwelt wird beauftragt, die dauerhaft erforderlichen Haushaltsmittel in Höhe von 37.960 € im Rahmen der Haushaltsplanaufstellung 2019 ff. beim Personal- und Organisationsreferat anzumelden.
4. Im Ergebnishaushalt entsteht bei der Besetzung mit Beamtinnen / Beamten zusätzlich zu den Personalauszahlungen noch ein Aufwand für Pensions- und Beihilferückstellungen in Höhe von etwa 40 Prozent des Jahresmittelbetrages.
5. Das Referat für Gesundheit und Umwelt wird beauftragt, die dauerhaft erforderlichen Haushaltsmittel in Höhe von jährlich 400 € im Rahmen der Haushaltsplanaufstellung 2019 ff. bei der Stadtkämmerei anzumelden.
6. Das Produktkostenbudget des Produkts 33111000 erhöht sich um 38.360 €, davon sind 38.360 € zahlungswirksam (Produktauszahlungsbudget).
7. Das Referat für Gesundheit und Umwelt wird beauftragt, beim Kommunalreferat zeitnah die Anmietung eines entsprechenden Gebäudes in möglichst zentraler Lage zu betreiben.
8. Das Referat für Gesundheit und Umwelt wird beauftragt, die erforderlichen Haushaltsmittel in Höhe von 2.370 € auf der Finanzposition 5100.935.9330.7 zum Haushaltsplanaufstellungsverfahren 2019 termingerecht anzumelden.
9. Die Nummer 2 des Antrags der Referentin unterliegt der Beschlussvollzugskontrolle mittels Berichterstattung des Referates für Gesundheit und Umwelt in drei Jahren ab Stellenbesetzung über erreichte Ziele und Effekte der Stellenzuschaltung / Kapazitätsausweitung.

III. Beschluss

nach Antrag. Die endgültige Entscheidung in dieser Angelegenheit bleibt der Vollversammlung des Stadtrates vorbehalten.

Der Stadtrat der Landeshauptstadt München

Der Vorsitzende

Die Referentin

Ober-/Bürgermeister

Stephanie Jacobs
Berufsmäßige Stadträtin

- IV. Abdruck von I. mit III. (Beglaubigungen)
über das Direktorium HA II/V - Stadtratsprotokolle
an das Revisionsamt
an die Stadtkämmerei
an das Direktorium – Dokumentationsstelle
an das Referat für Gesundheit und Umwelt RGU-RL-RB-SB
- V. Wv Referat für Gesundheit und Umwelt RGU-RL-RB-SB
zur weiteren Veranlassung (Archivierung, Hinweis-Mail).